



Stadtratsfraktion

Mainz, 23.11.2021

Antrag 1686/2021 zur Sitzung Stadtrat am 24.11.2021

Begleitantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2022 (CDU)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Haushaltssituation der Stadt Mainz hat sich dank exorbitant gestiegener Einnahmen bei der Gewerbesteuer gravierend geändert. Was noch vor zwei Jahren unmöglich erschien, könnte schon bald Realität sein – ein schuldenfreies Mainz. Diese historische Chance müssen wir klug nutzen. Oberste Priorität muss die Tilgung der Schulden haben. Sind diese Altlasten erst einmal vom Tisch, ist die Stadt nicht mehr so abhängig von den Entscheidungen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD). Für die Zukunft braucht es eine umfassende strategische Planung, in der festgelegt wird, welche Maßnahmen in welcher Zeit und in welcher Form vorgenommen werden können. Nichtsdestotrotz fordert die CDU seit langem einige Punkte, die wir schon jetzt als sehr wichtig erachten.

Für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzepts und eines nachwachsenden Verkehrskonzepts, welches ständig angepasst werden kann, an sich wandelnde Gegebenheiten (z. B. Veränderung der Anteile der jeweiligen Mobilitätsträger), sind zwei Millionen Euro einzustellen. Außerdem muss die Planung eines neuen Stadtteils endlich Fahrt aufnehmen – auch dafür sind eine Million Euro einzustellen. Darüber hinaus sind für die Umsetzung des Konzepts „Gartenstadt Mainz“ weitere 500.000 Euro einzustellen. Neben der Planung eines neuen Stadtteils ist auch das Baugebiet in Ebersheim zu entwickeln, um neue Flächen zu erschließen. Das Mehrgenerationenwohnen soll intensiviert werden, um den Wohnungsmarkt weiter zu entlasten. Auch ist eine Wohnungsbörse zur Vermittlung von Single-Seniorenwohnungen an Familien und umgekehrt einzurichten (ähnlich wie die Wohnungsbörse der Wohnbau). Alternativ kann die Wohnungsbörse der Wohnbau geöffnet und ergänzt werden.

Weiterhin sind die Mittel zur Straßensanierung um eine Million Euro zu erhöhen. Darüber hinaus sind Planungskosten für eine weitere Rheinbrücke aufzunehmen und es soll eine Wasserstofftankstelle geschaffen werden.

Für die Sanierung des Kleinspielfelds Lerchenberg sind 400.000 Euro einzustellen. Die geplante Großsporthalle soll mindestens als 5-Feld-Halle realisiert werden.

Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiges sozialpädagogisches Angebot, welches es auszubauen gilt. Dafür sind 200.000 Euro einzustellen.

Die Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der Kommune. Es droht, dass Freie Träger ihr Angebot nicht aufrechterhalten können (s. Kita Mainzelkinder). Deshalb ist sicherzustellen, dass die Kitas in Freier Trägerschaft erhalten bleiben. Es ist nicht zu verantworten, dass weitere Kitas geschlossen werden oder Plätze verloren gehen, die zur Erfüllung der Rechtsansprüche dringend erforderlich sind. Fehlende Vollzeitäquivalente (VZÄ) von aktuell ca. 90 sprechen eine deutliche Sprache. Unter anderem muss es die Zielsetzung sein, dass die Personalsuche jeweils intensiviert wird. Auch müssen die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung umgesetzt und die betrieblichen Betreuungsangebote intensiviert werden. Auch muss eine 24-Stunden Kita geschaffen werden und die Tagespflege muss weiter ausgebaut werden.

Begründung:

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender